

Jens Bastian

Abkehr, Umkehr oder Kontinuität? Die Türkei vor wegweisenden Wahlen

Abstract

Abandonment, Reversal or Continuity? Turkey ahead of Landmark Elections

Countries in Southeast Europe face a host of elections in 2023. Among the states calling their electorate to the ballot box is Turkey where presidential and parliamentary elections must be held by June 2023. After two decades in office, first as prime minister and subsequently as president, Recep Tayyip Erdoğan is seeking an unprecedented five-year term at the helm of the country. The magnitude of socio-economic challenges which large swaths of the population face make his re-election prospects uncertain. Moreover, he is being confronted by a new six-party opposition alliance that is counting on the growing disaffection towards Erdoğan. The outcome of the elections will be transformative, one way or the other, both for Turkey as well as for Southeast Europe.

Jens Bastian, PhD

ist seit Juli 2022 CATS Fellow am Centrum für angewandte Türkeistudien, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Chinas Kapitalexport in Länder Südosteuropas und deutsch-griechische Wirtschaftsbeziehungen. Jens Bastian erhielt sein PhD von dem European University Institute, Florenz, Italien. Er hat in Private Banking gearbeitet und war Mitglied der Task Force Greece der Europäischen Kommission in Athen. Zudem war er an der London School of Economics und am Nuffield College sowie St Anthony's College in Oxford tätig.

Kontakt: jens.bastian@swp-berlin.org

Der Autor dankt Günter Seufert, Kalliope Spanou, Gudrun Dribusch und Bülent Güven für hilfreiche Hinweise beim Abfassen des Manuskriptes. Der Beitrag wurde im Januar 2023 fertig gestellt und konnte daher die potenziellen politischen Folgen des schweren Erdbebens in der Türkei und in Syrien vom 06. Februar 2023 nicht mehr berücksichtigen.

Einleitung

Für die Region Südosteuropa verspricht das Jahr 2023 ein politisch bedeutsames zu werden. Mindestens vier reguläre Wahlen kündigen sich an auf Zypern, in Montenegro und Griechenland sowie in der Türkei. Das Superwahljahr ist in dieser Konstellation einmalig. Nie zuvor haben drei Länder des östlichen Mittelmeers, die jeweils Nachbarn zueinander sind, in solch rascher Abfolge ihre Bürger und Bürgerinnen an die Wahlurnen gerufen.¹

Den Auftakt machte Zypern am 05. Februar 2023. Auf der Mittelmeerinsel fand die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Amtsinhaber Nicos Anastasiades, welcher die Urnengänge in 2013 und 2018 jeweils gewonnen hatte, konnte aufgrund der verfassungsrechtlichen Begrenzung auf zwei Amtsperioden nicht wieder kandidieren. Die Präsidialverfassung des EU-Mitglieds (seit 2004) gibt dem Staatsoberhaupt im zyprischen Teil des Landes die Regierungsverantwortung. Die Stichwahl eine Woche später bestritten der frühere konservative Außenminister Nikos Christodoulidis (49) und der von der Linkspartei AKEL unterstützte Diplomat Andreas Mavrogiannis (66). Beide Kandidaten sind Repräsentanten des politischen Establishments auf Zypern. Auf den Gewinner der Wahl warten zahlreiche politische Herausforderungen. Können auf der geteilten Mittelmeerinsel die verwaisten Verhandlungen mit der türkisch-zyprischen Seite zu neuem Leben gebracht werden? Handlungsdruck besteht ebenso bei der sprunghaft angestiegenen irregulären Migration. Schließlich warten komplexe Fragen zur Energieförderung im Dreiländereck Türkei, Griechenland und Zypern auf Antworten.

Nach Zypern folgen die Präsidentschaftswahlen in Montenegro am 19. März 2023. Der amtierende Präsident Milo Đukanović von der sozialdemokratischen DPS, der bereits vier Mal Premierminister Montenegros war, stellt sich zur Wiederwahl. Đukanović zeichnet ein Alleinstellungsmerkmal aus. Kein Politiker Südosteuropas ist länger als er in Amt und Würden, entweder als Premierminister (erstmalig 1991) oder seit Mai 2018 zum zweiten Mal als Präsident Montenegros.

Obwohl noch kein offizielles Datum für die Wahlen in Griechenland angekündigt worden ist, befindet sich die politische Klasse und ihre jeweiligen Medienvertreter bereits im Wahlkampfmodus.² Nach einer knapp vierjährigen, ununterbrochenen Legislaturperiode, welche in Griechenland angesichts der vergangenen Dekade keineswegs selbstverständlich war, hofft der amtierende Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis von der konservativen Nea Dimokratia Partei auf seine Wiederwahl. Der Urnengang in Hellas weist allerdings eine institutionelle Besonderheit auf. Erstmals in seiner Wahlgeschichte wird nach reinem Verhältniswahlrecht abgestimmt. Die Abschaffung des Mehrheitswahlrechts (inklusive 50 Bonusitze im Parlament für die stärkste Partei) wurde 2016 von der Vorgängerregierung unter der linkspopulistischen Syriza durchgesetzt. Das neue Wahlrecht sorgt allerdings dafür, dass die Regierungsbildung durch eine Koalition politisch schwer, wenn nicht gar unmöglich wird. Deshalb gehen fast alle Beteiligten in Athen davon aus, dass auf den ersten Urnengang innerhalb von wenigen Wochen eine Neuwahl stattfindet. Diese wird dann aber wieder nach dem alten Mehrheitswahlrecht abgehalten. Die amtierende Mitsotakis

-
- 1 Für die Region Südosteuropa könnten sich noch weitere Wahlen, nämlich vorgezogene, ankündigen. In der Slowakei ist eine geschäftsführende Regierung im Amt und Neuwahlen werden in der ersten Jahreshälfte 2023 erwartet. In Bulgarien findet am 02. April 2023 die fünfte(!) Parlamentswahl innerhalb von zwei Jahren statt. 2021 wurde in Bulgarien drei Mal gewählt, und zwar im April, Juli und November. Zuletzt fand dort am 02. Oktober 2022 eine vorgezogene Parlamentswahl statt. In Albanien werden im April Kommunalwahlen abgehalten.
 - 2 Aller Voraussicht nach werden die Parlamentswahlen am 09. April stattfinden. Damit wird vermieden, dass das griechisch-orthodoxe Osterfest tangiert wird, welches 2023 auf den 16. April fällt.

Regierung hatte das Wahlrecht 2020 abermals geändert, weil sie eine stabile Regierung durch Mehrheitswahlrecht und Bonuszuteilung als gewährleistet ansieht.

Die wohl folgenreichsten Wahlen finden in der Türkei statt. Dort soll am 14. Mai 2023 gewählt werden.³ Die reguläre Wahl wird um einen Monat vorgezogen. Dabei handelt es sich um eine Doppelwahl. Sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen sind zu organisieren, mit einem zweiten Durchgang zwei Wochen später, falls kein Präsidentschaftskandidat die Schwelle von 50 Prozent plus eine Stimme im ersten Versuch erreicht. Mit dem vorgezogenen Wahltermin wird die Allianz aus sechs Oppositionsparteien gezwungen, möglichst zügig zu entscheiden, wer als gemeinsamer Präsidentschaftskandidat ins Rennen geht. Einzig der seit 2014 amtierende Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat seine Kandidatur offiziell registriert. Gleichwohl hat der 68-jährige Erdoğan, der zuvor zwischen 2003–2014 Premierminister der Türkei war, angekündigt, dass diese Präsidentschaftskandidatur seine letzte sein wird. Vor diesem Hintergrund stellt die Doppelwahl in vielerlei Hinsicht eine politische Richtungsentscheidung für die Türkei dar.

Alle vier regulären Wahlen auf Zypern, in Montenegro, Griechenland und in der Türkei sowie die abermalige Neuwahl in Bulgarien finden vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen und deren sozio-ökonomischen Konsequenzen statt. Diese werden die wahlpolitischen Entscheidungen der Bürger und Bürgerinnen prägen. Die russische Invasion der Ukraine ist in allen Ländern ein erheblicher Einflussfaktor, zum Beispiel hinsichtlich Engpässen bei der Energieversorgung, zweistelliger Preisinflation, kriegsbedingter Flüchtlingsströme und regional-strategischer Positionierungen. Während sich die EU-Mitglieder Zypern und Griechenland den meisten Inhalten der mittlerweile neun Sanktionspakete der Kommission in Brüssel angeschlossen haben, hat die Türkei genau das Gegenteil gemacht. Präsident Erdoğan versucht sich wiederholt als Vermittler zwischen Moskau und Kiew zu positionieren.⁴

Die politische Ausgangssituation in der Türkei

Anfang Dezember 2022 wurde der Istanbuler Oberbürgermeister und populäre Politiker der größten Oppositionspartei CHP, Ekrem İmamoğlu, von dem Istanbuler Oberlandesgericht zu einer Haftstrafe und einem Politikverbot verurteilt. Wegen angeblicher Beleidigung der Hohen Wahlkommission (für die Bürgermeisterwahl) im Jahre 2019 soll der 52-jährige İmamoğlu für zwei Jahre und sieben Monate ins Gefängnis gehen. Das vorläufige Urteil der türkischen Justiz unterstreicht, wie sehr die Gerichtsbarkeit bereit ist, die politischen Voraussetzungen des einsetzenden Wahlkampfs mitzubestimmen.⁵ Der Istanbuler Oberbürgermeister wäre nach erfolgloser Berufung daran gehindert, als möglicher Kandidat der Oppositionsallianz bei der anstehenden Präsidentenwahl gegen Erdoğan anzutreten.

3 Der von Präsident Erdoğan angekündigte Wahltermin hat eine historische Relevanz für die Türkei. Am 14. Mai 1950 gelang Adnan Menderes ein überwältigender Wahlsieg. Erdoğan hat Menderes wiederholt als eines seiner politischen Vorbilder gepriesen. Menderes politische Laufbahn endete allerdings tragisch. Er wurde 1960 durch einen Militärputsch entmachtete und ein Jahr später gehängt.

4 Malta, Zypern und Griechenland haben für ihre jeweiligen Reedereiunternehmen Sonderbedingungen und Ausnahmeregelungen für den Transport von russischem Erdöl ausgehandelt. Für eine ausführliche Diskussion der EU-Sanktionspolitik siehe: *Jens Bastian*, The Sanctions Roulette in Southeast Europe, in: SOM 04/2022, S. 21–34.

5 Das Urteil ist erst endgültig, wenn es der zuständige Kassationshof in Ankara bestätigt. Der politische Bannstrahl durch die türkische Justiz betrifft seit Jahren Mitglieder von Oppositionsparteien. Darunter befinden sich z. B. der ehemalige Vorsitzende der kurdischen HDP (Partei der Völker), Selahattin Demirtaş, sowie die Wahlkampfmanagerin von İmamoğlu, Frau Canan Kaftancıoğlu.

Der erstinstanzliche Richterspruch gegen İmamoğlu stellt eine zweifache Warnung dar. Zum einen signalisiert er einen innergesellschaftlichen Kulturkampf, zu dem Präsident Erdoğan die Wahlen und ihren Ausgang umfunktionieren will. Zum anderen erschwert die Verurteilung von İmamoğlu die Wahlkampfstrategie der Gegner Erdoğan's. Eine solche Frontstellung zu verhindern, wird für die oppositionelle sechs-Parteien Allianz zur politischen Herausforderung. Die Autokratisierung der Türkei und die Politisierung einer dienstbereiten Justiz sind unter Präsident Erdoğan seit dem fehlgeschlagenen Putsch 2016 institutionell verankert und ideologisch durch die regierende konservativ-islamische AKP in weiten Teilen der Gesellschaft abgesichert.⁶

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die gerichtliche Anwendung von politischen Bannstrahlen gegen Mitglieder der heutigen Oppositionsparteien einst Erdoğan selbst traf. Das Ausschalten von politischen Rivalen durch Gerichtsbeschluss hat in der Türkei eine unsägliche Tradition. 1998, vor mehr als 20 Jahren, wurde Erdoğan als damaliger Oberbürgermeister Istanbuls durch die Justiz mit einem Politikverbot belegt. Er hatte aus einem Gedicht zitiert, welches die Richter als Beleidigung ansahen, da es islamische Propaganda dargestellt habe. Erdoğan ging damals für vier Monate ins Gefängnis, was wesentlich zu seiner Popularität beitrug und der AKP einen großen Wahlerfolg bescherte.

Das säkular orientierte Bündnis aus sechs Oppositionsparteien ist eine politische Allianz, die es in dieser Konstellation und ideologischen Spannweite noch nie gegeben hat. Sein Zustandekommen ist für sich genommen bereits eine politische Weichenstellung in der türkischen Parteienlandschaft.⁷ Von konservativ-nationalen Organisationen wie der İYI-Partei (zu Deutsch: Gute Partei) von Meral Aksener bis zur eher sozialdemokratisch ausgerichteten CHP (Republikanische Volkspartei) haben sich Parteien zusammengefunden, deren primäres Bindeglied die Abwahl von Erdoğan und seiner AKP ist. Allerdings gibt es auch eine wichtige politische Lücke in diesem außergewöhnlichen Parteienbündnis. Die pro-kurdische HDP ist bisher nicht in die Allianz integriert. Ohne die Stimmen der kurdischen Wählerschaft – sie machen etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten aus – kann die Opposition allerdings keine der beiden Wahlen 2023 gewinnen. Es ist nicht gesichert, dass die HDP überhaupt an den Wahlen teilnehmen kann. Das Verfassungsgericht in Ankara prüft derzeit ein Verbotsverfahren gegen die Partei, unter anderem wegen des vorgeschobenen Verdachts des Separatismus. Die Bankkonten der HDP sind bereits blockiert und die Partei erhält keine Staatsgelder für ihren Wahlkampf.

Der sogenannte Sechser-Tisch muss seinen Spitzenkandidaten für das Präsidentenamt erst noch benennen. Sollte der Istanbuler Oberbürgermeister İmamoğlu tatsächlich aus dem Rennen geworfen werden, dann wäre eine mögliche Alternative sein Parteikollege und CHP-Chef, der 74-jährige Kemal Kilicdaroğlu. Der Oberbürgermeister von Ankara, Mansur Yavaş wird ebenso als potenzieller Kandidat gehandelt. Der späte Nominierungsprozess ist von dem Oppositionsbündnis bewusst gewählt. Erdoğan soll möglichst lange im Unklaren darüber gelassen werden, wen er als Konkurrenten im Wahlkampf attackieren muss.⁸ Diese Sichtweise ist allerdings auch mit einem politischen Risiko verbunden, denn die türkische

6 Seit 2018 regiert die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) mit dem ultranationalistischen Koalitionspartner MHP.

7 Das Bündnis besteht aus der CHP, der İYI-Partei, der DEVA Partei, der Demokratischen Partei (DP), der Gelecek Partei und der Saadet Partei. Siehe dazu *İştar Gözaydin / Ahmet Erdi Öztürk, Turkey's 2023 Election: Which Candidates Can Defeat Erdoğan at the Polls?* ELIAMEP | Policy Paper #120/2022, Dezember 2022.

8 Die Bewerbungsfrist für die Nominierung von Präsidentschaftskandidaten schließt acht Wochen vor dem offiziellen Wahltermin, der höchstwahrscheinlich der 14. Mai 2023 sein wird.

Wahlbevölkerung wird ebenso im Wartestand gelassen. Insgesamt gibt es 64 Millionen Wahlberechtigte, von denen 6,5 Millionen erstmals wählen können.

Statt über Personalpolitik zu spekulieren, konzentriert sich das oppositionelle Sechser-Bündnis auf die inhaltliche Konkretisierung seines Wahlprogramms. Ende Januar legte das Bündnis ein umfassendes Memorandum of Understanding zu gemeinsamen Politikfeldern vor.⁹ Auf 240 Seiten stehen die Innen-, Wirtschafts- und Rechtsstaatspolitik im Vordergrund. Als prioritär wird eine weitreichende Verfassungsänderung vorgestellt. Per Referendum nach den Wahlen soll das von Erdoğan 2016 eingeführte Präsidialsystem grundlegend verändert werden. Die Rückkehr der Türkei zu einem säkularen parlamentarischen Regierungssystem mit starkem Premierminister und Kabinett steht im Mittelpunkt der vorgeschlagenen institutionellen Reformagenda der Oppositionsallianz. Inwiefern dieses Politikangebot die Wahlbevölkerung zur Stimmabgabe gegen Erdoğan mobilisieren kann, wird entscheidend von der wirtschaftlichen und finanziellen Ausgangslage vieler Bürger und Bürgerinnen in der Türkei abhängen.¹⁰

Die sozio-ökonomische Konstellation

Angesichts der seit 2021 rasant angestiegenen Preisinflation und einer damit einhergehenden Abwertung der türkischen Lira (TL) könnte auf den ersten Blick davon gesprochen werden, dass die sozio-ökonomische Konstellation für die Oppositionsparteien im Wahljahr politisch günstig erscheint. Die Kaufkraft großer Teile der Gesellschaft ist in den vergangenen zwei Jahren rapide gesunken. Im Januar 2023 betrug die offiziell gemessene Inflationsrate 57,7 Prozent (türkische Statistikbehörde TÜİK). Seit drei Monaten ist die Inflation rückläufig, nachdem sie im Oktober 2022 noch den Rekordwert von 85,5 Prozent erreicht hatte. Die Abmilderung der Preisinflation basiert primär auf gesunkenen Kosten bei Energieimporten. Der offizielle Wert wird allerdings von verschiedenen nicht-staatlichen Institutionen in der Türkei in Zweifel gezogen. Die Inflation Research Group (ENAG), ein unabhängiges Team von türkischen Ökonomen, taxiert die tatsächliche Inflation auf knapp unter 100 Prozent.¹¹ Der statistische Effekt einer abnehmenden Preissteigerungsrate sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die monatlichen Preise für Bürger und Unternehmen weiterhin zweistellige Zuwachsraten aufweisen.

Die Ansicht, dass eine Kombination aus dem rasanten Werteverfall der Landeswährung (44 Prozent 2021, 29 Prozent 2022) und abnehmender Kaufkraft der türkischen Zivilgesellschaft den Oppositionsparteien bei den anstehenden Wahlen zum Vorteil gereichen wird, greift aus verschiedenen Gründen zu kurz. Zum einen ist Präsident Erdoğan angesichts der Inflationsfolgen bereits seit Mitte 2022 dazu übergegangen, den monatlichen Mindestlohn

9 Insgesamt sind mehr als 2.300 konkrete Politikziele formuliert, die in 75 Themenbereiche gegliedert sind. Siehe: Memorandum of Understanding on Common Policies, 30. Januar 2023, <https://en.chp.org.tr/haberler/memorandum-of-understanding-on-common-policies-january-30-2023>

10 Ein wichtiger Faktor bei einem knappen Wahlausgang könnte die türkische Wählerschaft im Ausland werden. Präsident Erdoğan hat vergangene Wahlen auch deshalb gewonnen, weil er über entsprechenden Rückhalt in der türkischen Diaspora verfügte und diese erfolgreich mobilisieren konnte. In Deutschland leben etwa 1,4 Millionen türkische Wahlberechtigte. Ein AKP-Abgeordneter drohte Anfang des Jahres in einer Moschee in Neuss türkischen Dissidenten mit „Vernichtung“. Ein geplanter Staatsbesuch Erdoğan in Deutschland Ende Januar 2023 wurde aufgrund von Uneinigkeiten über Themen und Termin verschoben.

11 Siehe *Mustafa Sonmez*, Turkey's Inflation Slows Most in December in a Boost to Erdogan, *Al-Monitor*, 03. Januar 2023. Der Rückgang der Preisinflation seit November 2022 wird wesentlich auf die Abmilderung der Kosten für Energie und Grundnahrungsmittel zurückgeführt. Dieser Trend wird sich im ersten Quartal 2023 fortsetzen.

zweimal anzuheben. Im Wahljahr 2023 wird abermals eine Erhöhung auf 8.500 Lira (etwa 430 Euro) erfolgen. Es ist keineswegs ausgemacht, dass dies die letzte vor dem Urnengang sein wird. Das vorgezogene Wahlgeschenk entspricht einer Steigerung von gut 50 Prozent gegenüber Juli 2022, und um ganze 94 Prozent zum Januar 2022.¹² Neben den Mindestlohnerhöhungen sollen zudem Millionen Beschäftigte von einem vorgezogenen Renteneintritt profitieren. Erdoğan kündigte Ende Dezember 2022 neue Vorruhestandsregelungen für etwa 2,3 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an.¹³ Ende Januar 2023 folgten Rabattmaßnahmen auf Erdgaspreise.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Zinspolitik der türkischen Notenbank (CBRT) zumindest bis zu den Wahlen expansiv bleibt. Sie steht damit im auffallenden Gegensatz zu allen anderen Zentralbanken der G-20 Staaten. Ende 2022 erreichte der Leitzins neun Prozent, nachdem die CBRT in vier Schritten seit August von 14 Prozent auf den von Präsident Erdoğan öffentlich geforderten „einstelligen“ Bereich vorgestoßen war. Die expansive Geldpolitik der türkischen Notenbank entspricht keineswegs realwirtschaftlichen Erfordernissen. Sie folgt eher einer von zahlreichen Ökonomen titulierten „unorthodoxen“ Politik des billigen Geldes zum Zweck kurzfristiger Konjunkturerfolge und der Stützung exportintensiver Industrien. Dabei behauptet Erdoğan, dass steigende Leitzinsen die Inflation anfeuern und „unislamisch“ seien.¹⁴

Schließlich hat die Regierung in Ankara bereits im Herbst 2022 damit begonnen, ein Konjunkturprogramm mit Schwerpunkt sozialer Wohnungsbau auf den Weg zu bringen. Dieses öffentliche Investitionsprogramm richtet sich vor allem an jene Teile der Wahlbevölkerung, welche zwar von Inflation und Lira Abwertung betroffen sind, die aber immer noch Bereitschaft zeigen, Erdoğan trotz alledem wahlpolitisch zu unterstützen. Die dazu notwendigen handfesten Gründe liefert das milliardenschwere Wohnungsbauprojekt. Zwischen 2023 und 2028 sollen eine halbe Million neue Wohnungen in der gesamten Türkei entstehen. Das Programm ist auf jene türkischen Bürger und Bürgerinnen zugeschnitten, deren Monatseinkommen unter 16.000 TL liegt. Die Kosten werden auf etwa 900 Milliarden TL geschätzt (45 Milliarden Euro!) und belasten den bisher ausgeglichenen türkischen Zentralhaushalt auf Jahre hinweg. Wegen der steigenden Ausgabenposten und verschiedener Wahlgeschenke könnte das Budget zusätzliche Einnahmen gut gebrauchen. Allerdings verkündete Erdoğan Ende Januar 2023 eine Teilamnestie für Steuersünder.

Vor diesem Hintergrund fällt es den Oppositionsparteien keineswegs leicht, konkrete wirtschafts- und finanzpolitische Alternativen zu formulieren, die zur Mobilisierung von enttäuschten Erdoğan-Wählern beitragen können. Die geldpolitischen Lockerungen der Notenbank werden zwar hart kritisiert, aber der einsetzende Rückgang der Inflation seit November 2022 erschwert die Argumentationskette der oppositionellen Wahlallianz. Zudem kann keineswegs davon gesprochen werden, dass die türkische Wirtschaft im europäischen Vergleich bei den Wachstumszahlen hinterherhinkt.¹⁵ Eine erfolgreiche Touristensaison

12 Der gesetzliche Mindestlohn spielt im Wirtschaftsalltag der Türkei eine signifikante Rolle. Nach amtlichen Angaben arbeiten knapp 40 Prozent der Beschäftigten auf der Basis des Mindestlohns.

13 Als Voraussetzung gilt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 20 Jahren mit einem Arbeitsbeginn vor September 1999.

14 Jens Bastian, *The Playbook of „Erdoganomics“ in 2021 – Unorthodox Policy Experiments in Turkey*, in: SOM 01/2022, S. 21–32.

15 Im dritten Quartal 2022 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum auf 3,9 Prozent, nach 7,7 Prozent im zweiten Quartal (jeweils Vergleichszeitraum 2021). Eine gewisse Vorsicht ist bei diesen Daten geboten. Durch Inflation kommt es zu einem aufgeblähten Bruttoinlandsprodukt, weil der Staat höhere Einnahmen generiert, z. B. über das Steueraufkommen, während seine Verschuldung abnimmt.

2022, neue Höchststände in der jährlichen Exportbilanz¹⁶ und die erkennbare Resilienz der einheimischen Industrie kennzeichnen die ambivalente Bandbreite von Krisenfaktoren und Stabilitätselementen der sozio-ökonomischen Situation in der Türkei Anfang 2023.

Regional-strategische Aspekte

Der Ausgang der Doppelwahlen in der Türkei wird für die außenpolitische Ausrichtung des Landes von großer Bedeutung sein. Auch für Erdoğan's Wählerbasis ist die Wirtschaftskrise eine Alltagserfahrung geworden, die sich nicht mehr durch nationalistische Sprüche oder außenpolitische Drohkulissen kaschieren lässt. Armutbedrohung und soziale Abstiegssorgen wiegen schwerer als die etablierten Reflexe von „Hellas-Bashing“ oder neue militärische Interventionen in Syrien beziehungsweise im Nordirak. Gleichwohl sind auch die Nachbarstaaten der Türkei hinsichtlich des Ausgangs der bevorstehenden Wahlen in eine Art politischer Alarmbereitschaft versetzt.

Die wachsenden neo-imperialen Machtansprüche Erdoğan's haben sich in der vergangenen Dekade an zahlreichen internationalen Schauplätzen und Konfliktpunkten gezeigt. Die Außenpolitik der Türkei folgte dabei einer Mischung aus nachlassender Westorientierung, Stärkung staatszentrierter islamischer Identität und neuen Kooperationsformaten Richtung Afrika, angrenzenden Turkstaaten und neuerdings China-Anbindung. Dabei ist eine zunehmende Diskrepanz zwischen westlicher Türkei-Politik und die strategische Neuausrichtung außenpolitischer, wie außenwirtschaftlicher Prioritäten seitens Ankaras deutlich geworden. In vier ausgewählten Politikfeldern lässt sich diese Neuausrichtung verdeutlichen.

- Seit knapp einer Dekade ist zu beobachten, wie sich die Außenpolitik unter Präsident Erdoğan dem afrikanischen Kontinent zuwendet. Dieses Engagement geschieht vor allem durch den Export von Militärgütern und militärischen Einsätzen. Neben wachsenden Investitionen und steigendem Handelsvolumen ist die Außenwirtschaftsbilanz der Türkei zunehmend durch Rüstungsexporte geprägt, allen voran die Drohnen des Typs Bayraktar TB2.¹⁷ Ebenso hat die Türkei ihre diplomatische Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent strategisch ausgebaut.
- Im September 2022 kündigte Präsident Erdoğan in der usbekischen Stadt Samarkand an, dass die Türkei Vollmitglied der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) werden wolle. Neben dem Iran gehören der 2001 gegründeten SOZ China, Russland, Indien, Pakistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan als Vollmitglieder an. Die Türkei ist seit 2012 ein Dialogpartner der SOZ. Erdoğan's Ankündigung wurde in zahlreichen europäischen Hauptstädten als „Abkehr vom Westen“ und Hinwendung zum „Club der Autokraten“ interpretiert. Diese berechtigte Kritik greift allerdings in einem Aspekt zu kurz: Sie verkennt, wie sehr sich Ankara darum bemüht, seine institutionelle Präsenz in Zusammenschlüssen zentralasiatischer Prägung zu intensivieren.¹⁸

16 Die positive Entwicklung der türkischen Exporte ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass das Exportvolumen mit Russland erheblich gestiegen ist. Im Dezember 2022 hatten sich die Exporte nach Russland verdoppelt. Siehe dazu Financial Times, 03.01.2023, Turkish Exports Hit Record High in 2022.

17 *Nebahat Tanrıverdi Yaşar*, Unpacking Turkey's Security Footprint in Africa – Trends and Implications for the EU, SWP Comment 2022, www.swp-berlin.org/publikation/unpacking-turkeys-security-footprint-in-africa

18 *Jens Bastian*, Die strategische Autonomie der Türkei, SWP Kurz gesagt, Oktober 2022, www.swp-berlin.org/publikation/die-strategische-autonomie-der-tuerkei

- Seit der Invasion Russlands in der Ukraine hat es die Türkei abgelehnt, sich den mittlerweile neun Sanktionspaketen der EU gegen Moskau anzuschließen. Zum einen nimmt die Regierung in Ankara für sich in Anspruch, strategische Autonomie zu definieren. Zum anderen stehen Handelsabhängigkeiten im Vordergrund, insbesondere Rohölimporte aus Russland, welche die Türkei im Laufe von 2022 kontinuierlich gesteigert hat. Die staatliche russische Rosatom finanziert und baut ein Atomkraftwerk an der türkischen Mittelmeerküste. Präsident Putin hat seinem Gegenüber angeboten, die Türkei zur Gasdrehscheibe in Südosteuropa und dem Schwarzmeer auszubauen. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch dazu geführt, dass die Türkei zu einem Zufluchtsort für Russen geworden ist, die entweder vor der Mobilmachung in ihrem Heimatland fliehen oder ihre Geschäfte und Yachten dorthin in Sicherheit vor Sanktionen bringen.¹⁹ Schließlich ist es Präsident Erdoğan geschickt gelungen, die Türkei zur wichtigsten Mittlerin zwischen Russland und der Ukraine zu positionieren. Dies zeigte sich am deutlichsten in der Mediationsrolle, welche Ankara im Sommer 2022 spielte, um den Export ukrainischen und russischen Getreides über Schwarzmeerhäfen wiederaufzunehmen. Neben dieser erfolgreichen Initiative halten sich jedoch Anschuldigungen, dass Russland große Mengen gestohlenen ukrainischen Getreides in die Türkei exportiert. Ankara dementiert diesen Verdacht.
- Mit Blick auf Südosteuropa wird das bilaterale Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland nach den Wahlen weiterhin im Vordergrund stehen. Die Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. Es bestehen kaum noch direkte Dialogformate auf Regierungsebene. Athen und Ankara haben jeweils unrealistische Maximalforderungen in Bereichen wie energiepolitische Wirtschaftszonen und maritime Territorialgewässer definiert. Präsident Erdoğan droht Athen unverhohlen mit nächtlichen Angriffen. Die rhetorischen Provokationen aus Ankara hinsichtlich der Souveränität griechischer Inseln haben die NATO-Partnerstaaten beider Mitgliedsländer auf den Plan gerufen.

Es ist davon auszugehen, dass im Falle eines abermaligen Wahlsieges von Erdoğan die erfolgten Akzentverschiebungen der türkischen Außenpolitik fortgesetzt werden. Solche zu erwartenden Kontinuitäten sollte niemanden in Washington, Brüssel oder Berlin überraschen. Die politische Herausforderung besteht allerdings für die Oppositionsallianz in der Türkei. Welche Prioritäten wird sie versuchen zu setzen, wo ist eher eine Fortsetzung, und wo eher eine Abkehr vom außenpolitischen Kurs Erdoğan zu erwarten?

Bisher ist das außenpolitische Profil des Sechser-Bündnisses durch Hinweise auf Kontinuitäten, ja sogar Zustimmung in einzelnen Bereichen der Politik Erdoğan geprägt. Die Oppositionsallianz will die Rolle der Türkei in der SOZ „neu evaluieren“, sie befürwortet die Hinwendung zu China und unterstützt den Kurs der Regierung hinsichtlich einer Ablehnung der Teilnahme an EU-Sanktionen gegenüber Russland.²⁰ Es fällt zudem auf, dass im Oppositionslager von einer substanziellen Abkehr der konfrontativen Politik Erdoğan gegenüber Griechenland wenig zu hören ist. Die Rhetorik setzt zwar auf De-eskalation, aber inhaltlich ist bisher kaum zu vernehmen, warum und wie Repräsentanten von Oppositionsparteien gegenüber Athen einen anderen, an den Sachthemen orientierten Kurs fahren

19 Siehe dazu SOM 05–06/2022, Schwerpunkt: Der Krieg und Russlands Einfluss in Südosteuropa.

20 Hier beruft sich der Autor auf Hintergrundgespräche und Dialogformate mit verschiedenen Repräsentanten von türkischen Parteien und Wirtschaftsverbänden, welche in Berlin, Istanbul, Ankara und Erzurum 2022 stattfanden. Siehe zudem das Memorandum of Understanding on Common Policies, 30. Januar 2023, Fußnote 9.

wollen. In dem Ende Januar 2023 vorgelegten gemeinsamen Wahlprogramm wird Griechenland im außenpolitischen Teil mit keinem Wort erwähnt.

Die Bereitschaft der Oppositionsparteien, auf außenpolitische Kontinuität zu setzen, gibt Hinweise auf eine institutionelle Errungenschaft Erdoğan's, seit er Premierminister und später Staatspräsident geworden ist: Ihm ist es nicht nur gelungen, die Prioritäten zu verschieben, sondern ebenso die Agenda in einer Weise zu verankern, dass sogar seine ärgsten Kritiker in bestimmten Politikfeldern entweder zähneknirschend Zustimmung signalisieren oder gar inhaltliche Akzeptanz artikulieren. Nirgendwo zeigen sich diese Tendenzen deutlicher als in der Kritik gegenüber verschiedenen US-Regierungen, in der tiefsitzenden Desillusionierung beim EU Integrationsprozess und der Betonung der Türkei als regionaler Faktor mit politischem und wirtschaftlichem Zugang nach Zentralasien und in die Turkstaaten.²¹ Dabei haben sich bi- und trilaterale Kooperationsformate Ankaras erheblich vermehrt, insbesondere zwischen Aserbaidschan, der Türkei und Turkmenistan, etwa zur Errichtung eines gemeinsamen Energiekorridors entlang des Kaspischen Meers.

Ausblick

Am 29. Oktober 2023 feiert die Republik Türkei ihren hundertsten Geburtstag. Das symbolträchtige Datum wirft auch seine Schatten auf die bevorstehenden Wahlen. Welcher Staatspräsident die landesweiten Feierlichkeiten anführen wird, entscheidet sich im Mai 2023 an den Wahlurnen. Präsident Erdoğan wird nichts unversucht lassen, dieses prestigereiche Jubiläum in seinem Sinne zu bestimmen. Seine Hinweise als „Bruder“, der zu seinem Volk spricht und die Betonung des Landesvaters sind ständige Begleitmusik seiner öffentlichen Auftritte vor und während des einsetzenden Wahlkampfes.

Der Einsatz von Politikverböten gegen populäre Oppositionskandidaten und -kandidatinnen als Waffe im türkischen Wahlkampf verdeutlicht, wie sehr Präsident Erdoğan um seine Wiederwahl bangen muss. Was ihm einst selbst widerfahren ist, wird nun als Mittel zum Zweck gegen seine stärksten Konkurrenten eingesetzt. Die türkische Justiz, welche jeglichen Anschein von richterlicher Unabhängigkeit in der Urteilsfindung abgeworfen hat, ist ein williger Helfer in dieser politischen Instrumentalisierung der Gerichtsbarkeit. Kurz gesagt, politische Urteile türkischer Richter manipulieren die institutionelle Gewaltenteilung des Rechtsstaats und die Integrität der Wahl.

Das politische Bild, welches die Türkei vor den anstehenden Wahlen abgibt, ist besorgniserregend. Das Ausschalten eines möglichen Herausforderers vor den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 lässt erahnen, mit welchen hässlichen Mitteln Staatschef Erdoğan und die regierende AKP bereit sind, ihre jeweilige Wiederwahl durchzusetzen. Durch „Erdoğan's Justizcoup“ wird das Auswahlverfahren für einen gemeinsamen Kandidaten des Sechser-Bündnisses erschwert.²² Sofern den Meinungsumfragen zu trauen ist, kann Erdoğan nicht damit rechnen, bereits im ersten Wahlgang bestätigt zu werden. Die steigenden Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel und Energie geben großen Teilen

21 *Dimitar Bechev*, Turkey under Erdoğan: How a Country Turned from Democracy and the West, Yale University Press 2022.

22 Siehe *Bülent Mumay*, Das ist ein Mafiaregime, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2022.

der türkischen Gesellschaft ausreichend Gründe, sich von Erdoğan und seiner Regierungspartei abzuwenden.²³

Es kennzeichnet die gesellschaftlichen Veränderungen in der Türkei in den vergangenen zwei Dekaden und die politische Mobilisierung der Wahlbevölkerung, dass viele in- und ausländische Beobachter des Landes davon sprechen, wie die kurdischen Bürger und Bürgerinnen mit ihren Stimmzetteln als Königsmacher des Urnengangs angesehen werden. Die kurdische HDP kann etwa sechs Millionen Menschen, oder 12 Prozent der Wahlberechtigten, an die Urnen bringen. Ohne die Stimmen der HDP kann die Oppositionsallianz keine der zwei Wahlen gewinnen. Allerdings ist die kurdische Wählerschaft keinesfalls einheitlich auf die HDP ausgerichtet. In den vergangenen Wahlen hat ein konservativer Teil der Kurden auch AKP gewählt. Die versuchte politische Neutralisierung der HDP durch die türkische Justiz findet gegenwärtig durch ein Massenverfahren am Rande der Hauptstadt in Sincan statt. Dort sind 108 Politiker der Oppositionspartei wegen angeblicher Terrorismusvergehen angeklagt.²⁴

Das zentrale Wahlkampfthema werden die horrende Inflation und das sinkende verfügbare Einkommen der arbeitenden Menschen sein. Die Hyperinflation frisst sich zunehmend durch alle Schichten und Fasern der türkischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wiederholte Erhöhungen des Mindestlohns können kurzfristig eine populistische Wirkung entfalten, sind aber inflationstreibend, wenn Unternehmen staatlich verordnete Lohnerhöhungen über ihre Preisfestsetzung an Kunden und Konsumenten weitergeben. Darüber hinaus ist es kein Ausweis kluger Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn ein wachsender Anteil von Lohnempfängern auf wiederholte, kurzfristige Mindestloohnerhöhungen angewiesen ist.²⁵

Es sei auch darauf hingewiesen, dass die vielbeschworene Resilienz der türkischen Wirtschaft an ihre Grenzen stoßen kann. Es ist korrekt festzustellen, dass viele Unternehmen in der Türkei in den vergangenen Jahren notgedrungen gelernt haben, mit Hyperinflation und der dramatischen Abwertung der Landeswährungen gegenüber dem Euro und dem US-Dollar umzugehen. Gleichwohl bindet diese Resilienz in der Alltagspraxis von Firmen auch erhebliche organisatorische Energien und finanzielle Ressourcen. Diese fehlen dann in Bereichen wie Forschung sowie der Innovation von Produkten und Dienstleistungen. Es dient ebenso wenig einem gedeihlichen Geschäftsgebaren mit ausländischen Kunden und Investoren, wenn Unternehmen in der Türkei praktisch alle paar Wochen ihre Preise an neue Hyperinflationsstände anpassen müssen. Schließlich ist zu betonen, dass eine über mehrere Jahre erfolgte zweistellige Preissteigerung dazu führt, dass sich Inflationserwartungen in Wirtschaft und Gesellschaft strukturell verfestigen.

Eine wichtige Prüfstellung für das innenpolitische Klima und die Außendarstellung der Türkei nach den Wahlen wird der Umgang mit dem inhaftierten Unternehmer und Philanthropen Osman Kavala sein. Kavala sitzt seit Oktober 2017 unter verschiedenen fadenscheinigen Anklagen in Untersuchungshaft. Die parlamentarische Versammlung des Europarats und der Europäische Menschenrechtsgerichtshof haben im Juli 2022 die Freilassung von Kavala gefordert. Sollte Erdoğan als Präsident wiedergewählt werden, scheint das weitere Schicksal von

23 Türkische Meinungsforschungsinstitute wie MetroPoll und Konda identifizieren ein äußerst knappes Rennen, sowohl um das Präsidentenamt als auch bei den Parlamentswahlen, siehe *The Thomas More Institute*, Political and Electoral Monitoring of Turkey, No. 4, Januar 2023.

24 Ayla Jean Zackley, Erdoğan targets Turkey's Kurdish „kingmakers“, *Financial Times*, 14. Dezember 2022.

25 Nach Angaben von Bülent Mumay muss „die Hälfte der Bevölkerung [...] mit dem Mindestlohn auskommen“, in: *Bülent Mumay*, Das ist die Türkei, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Dezember 2022.

Kavala im Gefängnis besiegelt.²⁶ Wesentlich aufschlussreicher wird es sein, wie sich die Oppositionsallianz im Falle eines Wahlsieges gegen einen der prominentesten türkischen Insassen verhält. Seine Freilassung (z. B. durch Amnestie) wäre ein klares politisches Signal, sowohl nach innen als auch außenpolitisch gegenüber Brüssel, Berlin und Washington.

Sollte es zu einem Regierungswechsel in der Türkei kommen, ist zunächst mit einer Phase des Übergangs zu rechnen, die nur schwerlich als „normal“ zu bezeichnen wäre.²⁷ Die zwanzig-jährige Herrschaft von Erdoğan und der AKP haben tiefe Spuren in der institutionellen Architektur der Türkei hinterlassen. Autokratische Systeme lassen sich nicht umstandslos umbauen. Bei einem außen- und finanzpolitischen Neustart wird mit Widersprüchen und Widerständen zu rechnen sein. Die Tragfähigkeit des Sechser-Bündnisses wird nach der historischen Wahl ganz anderen Herausforderungen und einem Handlungsdruck ausgesetzt sein. Dazu gehören die Rückkehr zu einer garantierten Unabhängigkeit von Institutionen wie der Zentralbank, dem Finanzministerium, der zentralen Statistikbehörde, der Justiz und der Medienfreiheit. Ein solcher Politikwechsel wird Zeit brauchen und gesellschaftlichen Rückhalt erfordern.

Die neue Regierung wird ebenso eine tiefgreifende Bestandsaufnahme des tatsächlichen finanzpolitischen Handlungsspielraums vornehmen müssen. Die Neuverschuldung im Zentralhaushalt wird durch die verschiedenen fiskalischen Interventionen und Vorwahlgeschenke der vergangenen Monate erheblich ansteigen. Ob dieser Kassensturz auch eine rasche Abkehr von der derzeitigen Niedrigzinspolitik zur Folge haben wird, bleibt abzuwarten. Währungspolitisch und als Mittel zur Inflationsbekämpfung wäre ein solcher Schritt dringend geboten. Eine weitere politische Grundsatzentscheidung betrifft die Bereitschaft, internationale, also westliche Rettungsanker in Anspruch zu nehmen, beispielsweise ein finanzielles Hilfsprogramm des IWF in Washington. Bereits jetzt kann davon ausgegangen werden, dass es zu Kontroversen in Ankara kommen wird, die politisch riskante Entscheidungen nötig machen.

Auf außenpolitischem Parkett ist die Ausgangslage nicht weniger herausfordernd. Erdoğan's unsichere innenpolitische Situation steht im Gegensatz zu seiner erstarkten internationalen Position. In den vergangenen Jahren hat er den Führungsanspruch der Türkei in Südosteuropa neu definiert und mit entsprechenden Handlungen aggressiv untermauert. Auffallend an der Entwicklung ist die rhetorische Eskalationsbereitschaft auf türkischer Seite gegenüber Griechenland. Staatspräsident Erdoğan heizte den Konflikt mit Athen wiederholt mit militärischen Drohkulissen an. Dies wird nicht nur in Griechenland mit Argwohn registriert. Der jüngste Streit über maritime Demarkationslinien in der Ägäis ist von einer Kompromisslosigkeit gekennzeichnet, welche sowohl NATO-Partnerstaaten wie auch EU-Mitglieder verärgert. Gleichwohl ist die Unverzichtbarkeit Ankaras für die europäische Sicherheitspolitik nicht zuletzt seit der russischen Invasion in der Ukraine klar demonstriert worden.

Präsident Erdoğan spielt die strategische Bedeutung der Türkei geschickt und rücksichtslos aus. Dies zeigt sich anhand des Beitrittsprozesses zur NATO von Schweden und Finnland. Nach seiner erfolgreichen Vermittlerrolle in der Schwarzmeerinitiative zum Getreideexport

26 Ende Dezember 2022 hat ein türkisches Berufungsgericht die lebenslange Haftstrafe gegen Kavala als „rechtmäßig“ bewertet. Der Kulturförderer war im April 2022 verurteilt worden. Kavala bleibt nun noch der Gang vor den Obersten Gerichtshof der Türkei.

27 Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die Doppelwahlen sogar eine Art türkischer Kohabitation hervorbringen, indem die Mehrheit im Parlament nicht der Mehrheit des gewählten Amtsinhabers im Präsidentenpalast entspricht.

hat die Türkei Reputationskapital in der Hand, um bei zukünftigen Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine mit am Tisch zu sitzen. Der Ausgang des sich abzeichnenden Konflikts an der Wahlurne zwischen einer demokratisch oder weiterhin autoritär geführten Türkei wird für die weitere politische Entwicklung der Region Südosteuropa von entscheidender Bedeutung sein. Angesichts der gemachten Erfahrungen aus den vergangenen zwei Dekaden wären fünf weitere Jahre mit einem Staatspräsidenten Erdoğan für viele Bürger und Bürgerinnen zu viel. Nach der Wahl könnte eine zweite Abstimmung erfolgen; diesmal allerdings mit den Füßen,²⁸ da zahlreiche Menschen das Tor zur Demokratie in der Türkei als versiegelt ansehen.

28 In der Praxis findet ein solcher Exodus bereits statt. Nach Angaben des Verbands der Softwareentwickler haben allein 2021 mehr als 30.000 Softwareentwickler und -entwicklerinnen das Land verlassen, vornehmlich wegen der wirtschaftlichen Situation und den Entlohnungsperspektiven für gut ausgebildete Berufsanfänger in der Türkei (siehe *Mumay* 2022, Fußnote 24). Zu diesem ökonomisch bedingten Exodus könnte ein politisch begründeter folgen, der durch Resignation geprägt ist.